

Flächenfraß stoppen!

In Sachsen werden
täglich 4,3 Hektar
Fläche neu versiegelt





Social Media Wall



Valentin Lippmann
@VaLippmann

90min konnten Menschen beim #Sachsen|gespräch Fragen an @SMIsachsen stellen. Fast nichts zu Flüchtlingen. Dafür vielmehr Sorge um Erstarken der #Nazis, Fragen zu Zivilcourage, Beschwerdestelle bei der #Polizei und Haltung gegen Pegida. Diese Sorgen sollte man endlich ernst nehmen.

1. Oktober 2018



Gerd Lippold
@gerdlippold

#HambiBleibt !! klang es heute auch lautstark aus #Pödelwitz, das von Abbaggerung durch #MIBRAG bedroht ist. Solidarität mit Allen, die den #Hambacher-Wald verteidigen. Kein Dorf, kein Wald darf mehr für #Braunkohle sterben!



15. September 2018



Wolfram Günther
@Gruen_WGuenther

#Kretschmer verrennt sich, wenn er auf die Frage nach inhaltlicher CDU-Neuaufstellung NUR auf den Umgang mit tatverdächtigen Asylsuchenden fokussiert. #Sachsen braucht für die Zukunft mehr Engagement für Pflege, Bildung, für Mobilität, für Wohnraum, für Schutz von Natur & Klima in Chemnitz.

30. Oktober 2018



Katja Meier
@Ka_Meier

100 Jahre #Frauenwahlrecht! Wir sind aber noch weit entfernt, in einer gleichberechtigten Gesellschaft zu leben. Noch immer verdienen #Frauen nicht das gleiche Geld, Frauen sind nicht selbstverständlich in Führungspositionen und den Parlamenten. Es ist noch viel zu tun!



11. November 2018



Franziska Schubert

Ein wundervoller Tag in #Görlitz.

Zuerst war ich bei #lassunsreden - Mit Jugend(sub)kultur das Gemeinwesen gestalten. Ein Austausch über Jugendwelten und ihren Wert für Stadtentwicklung mit einem hochinteressanten Podium, u.a. mit Liv Knebel, Tinko Fritsche-Treffkorn, Kristján Thomasius und OB Siegfried Deinege.

Im Anschluß fand das Richtfest für das Werk 1 statt - hier entsteht ein Ort für Soziokultur in Görlitz. Ich freue mich darüber.

Die großartigen Bilder vom Richtfest hat Matthias Wehnert gemacht.



20. September 2018



Volkmar Zschocke
@VZschocke

Wenn Gastwirte mit jüdischem, persischem oder türkischem Namen hier nicht mehr ohne Angst ihre Einrichtungen betreiben können, dann sind das Angriffe auf uns alle und unser friedliches Zusammenleben in Chemnitz.

18. Oktober 2018



Claudia Maicher
@ClaudiaMaicher

Heute Abend zur Ausstellungseröffnung 'Haft unterm Hakenkreuz' in der #Gedenkstätte #Bautzen. Intensive Gespräche mit vielen Engagierten. #Erinnern braucht Zukunft. @gedenkstaetten #Erinnerungskultur #Sachsen



19. September 2018



Petra Zais

Weil Kinder Zeit brauchen, unterstützen wir GRÜNE die Forderung des Graswurzelbündnisses nach einer deutlichen Erhöhung des Personalschlüssels in den sächsischen Kitas und Horten.



20. September 2018



WOLFRAM GÜNTHER

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Dürresommer in Mitteleuropa und so manche Wetterkapriole haben den Klimawandel auch in unsere regionale Öffentlichkeit gespielt. Es hilft wenig, die Bedrohung in dramatischen Worten zu Untergangsszenarien zuzuspitzen. Vielmehr erwarten immer mehr Menschen, dass endlich gehandelt wird, um unser Klima zu schützen und dort wo unumgänglich, sich auf den Klimawandel vorzubereiten.

Im Landtag lassen wir GRÜNE nicht nach mit unseren Initiativen für mehr Klimaschutz sowie für eine bessere Energie- und Mobilitätspolitik in unserem Land zu streiten. Die Koalition bremst nach wie vor. Sie kann diese Themen aber nicht mehr vollends ignorieren.

Wie jedes Jahr ist auch 2018 der Klimakongress ein Höhepunkt unserer Arbeit. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass Fortschritte beim Klimaschutz nicht länger blockiert werden können!

In diesen Tagen wurde die Petition „GRÜN statt Beton – Flächenfraß in Sachsen stoppen!“ gestartet. Immer neue Straßen und Gewerbeflächen vernichten Wiesen, Wälder und Felder, obwohl gleichzeitig die Bevölkerungszahl in Sachsen sinkt. Jeden Tag werden allein in Sachsen Flächen so groß wie sechs Bundesliga-Fußballfelder neu versiegelt. Sie können daran mitwirken, dass diese Petition ein Erfolg wird. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, um die Betonflut bis zum Jahr 2020 zu stoppen.

Auch bei weiteren Themen ergänzen sich parlamentarische Initiativen im Landtag und das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern im Land: So beim Volksantrag für längeres gemeinsames Lernen oder dem Bündnis „Polizeigesetz stoppen!“ gegen die von der Koalition geplanten Eingriffe in die Grundrechte über neue Polizeigesetze.

Ich wünsche Euch bzw. Ihnen viel Spaß beim Lesen der SAXGRÜN – im neuen Design!

Wolfram Günther
Fraktionsvorsitzender

Flächenfraß stoppen

Eine Gesetzesinitiative der GRÜNEN-Fraktion strebt die Eindämmung von großer Flächenversiegelung in Sachsen an.



© pixabay.com / CC0 Aktivierungsoach.

Die Entsiegelung von Flächen gehört endlich auf die Tagesordnung.

Jeden Tag werden in Sachsen neue Flächen versiegelt. Bau- und Gewerbegebiete werden neu ausgewiesen, neue oder breitere Straßen gebaut. Gleichzeitig werden in Zukunft weniger Menschen in Sachsen leben: Die Prognose für das Jahr 2030 sagt einen Bevölkerungsverlust von durchschnittlich 20 Prozent oder rund einer Million Personen im Vergleich zu den Zahlen von 1990 voraus.

Durch Flächenversiegelung, Flächenverbrauch, Erosion und Verschmutzung in immer größerem Maße wird gesunder Boden gefährdet und dauerhaft zerstört. Es gehört zu den wichtigsten ökologischen Herausforderungen der nächsten Jahre, dem hohen Flächenfraß in Sachsen Einhalt zu gebieten. Dies ist der bedeutendste Baustein für den Bodenschutz.

Wir dürfen unsere Lebensgrundlage nicht verbauen!

Die Bundes- und auch die Staatsregierung haben sich das Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch zu minimieren. In Sachsen hatte man sich darauf verständigt, nicht mehr als zwei Hektar pro Tag verbrauchen zu wollen. Mit täglich 4,3 Hektar Flächenverbrauch allein im Jahr 2017 ist der Bodenverbrauch in Sachsen

„Wer als Bürgermeister unbedingt riesige Baugrundstücke auf der grünen Wiese ausweisen möchte, der muss sich eben über Flächenzertifikate darum kümmern, dass an einem anderen Ort entsiegelt wird. Man wird in Zukunft nachdenken müssen, bevor der Bagger rollt!“

Wolfram Günther, umweltpolitischer Sprecher

aber mindestens doppelt so hoch. All diese Flächen sind für unsere Natur, Landwirtschaft und gewachsene Kulturlandschaft verloren.

Das klare Ziel der GRÜNEN-Fraktion ist deshalb die Netto-Null für Sachsen. Der ungebremste Flächenverbrauch soll per Gesetz

gestoppt und das Netto-Null-Ziel für das ganze Land rechtlich verbindlich gemacht werden. Bisher sind alle politisch oder rechtlich gesetzten Ziele für eine Vermeidung oder Reduzierung von Flächenfraß bei Bauprojekten letztlich unverbindlich.

Straßen werden ohne reale Erfordernis z.B. wegen behördeninterner Standards regelmäßig verbreitert. Straßen werden neu gebaut, ohne dass es auf einen echten Bedarf angesichts der Bevölkerungsentwicklung ankommt. Neue Gewerbe- und Wohngebiete werden auf der grünen Wiese geplant, obwohl noch immer Gebäudeleerstand und innerörtliche Brachen zu finden sind. Um das zu ändern, will die GRÜNE-Landtagsfraktion das Landesplanungsgesetz ändern.

Flächenzertifikate können Ausgleich schaffen

Der verbindliche Stopp weiteren Flächenverbrauchs soll nicht in bestehende Rechte Privater eingreifen. Gleichzeitig sollen die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen erhalten bleiben. Der Vorschlag der GRÜNEN-Fraktion ist die Einführung eines intelligenten Flächenzertifikatesystems.

Das Flächen-Null-Ziel kann nur dann gelingen, wenn unsere Städte und Gemeinden mit im Boot sind. Die gesetzliche Begrenzung soll sich nur auf neue Planungen und solche außerhalb bestehender Ortslagen und Gewerbegebiete beziehen. Überall dort, wo schon heute Baurecht besteht, wird sich durch dieses Gesetz also nichts ändern. Dort wo außerhalb bestehenden Baurechts neue Vorhaben entstehen sollen, soll der Neuverbrauch aber künftig vollständig ausgeglichen werden.

Weil das nicht immer vor Ort möglich und der Bedarf zu Neubau oder Rückbau landesweit sehr unterschiedlich ist, soll ein System von Flächenzertifikaten geschaffen werden. Über diese handelbaren Flächenzertifikate ermöglichen wir Kommunen, Landkreisen und dem Freistaat mit konkretem Flächenbedarf den Ankauf von Flächen von anderen Kommunen, die diese nicht mehr benötigen. Neuversiegelungen sollen nur noch genehmigt werden, wenn jeweils eine gleich große Fläche in gleichartiger Umgebung entsiegelt wird. Dieses System lässt Raum für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung und ausreichenden Wohnungsbau und sorgt zugleich für einen sparsamen und intelligenten Umgang mit unseren Böden.

Innerörtliche Entwicklung stärken

Neben dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sorgt die Gesetzesinitiative auch dafür, Anreize für das Prinzip der Innen- vor Außenentwicklung bei den Kommunen zu schaffen. Dazu soll zusätzlich eine Innenentwicklungsberatung für Kommunen eingerichtet werden. Mit dieser zielgerichteten Politik für unsere Ortskerne und Innenstädte soll ein sichtbarer Beitrag für einen guten Bodenschutz geleistet werden. Sie hält und bringt Kaufkraft in die Zentren, lenkt Investitionen in Baudenkmäler und sorgt dafür, dass unsere einzigartige sächsische Kulturlandschaft erhalten bleibt.



KATJA MEIER,
verkehrspolitische Sprecherin der
GRÜNEN-Landtagsfraktion

Höher, schneller, weiter – Straßen immer breiter?!

Der nach 1990 notwendigen Sanierung und Ertüchtigung der Straßen in Sachsen folgten viele neue Umgehungs- und Erschließungsstraßen für Eigenheimsiedlungen auf der grünen Wiese. Damit sichert sich Sachsen einen traurigen Spitzenplatz: In keinem anderen Bundesland war in den letzten 15 Jahren die Betonierwut für neue Straßen so groß wie hier. Überdimensionierte Ausbauten sind in Sachsen zum Standard geworden. Aus einer kleinen Verbindungsstraße zwischen zwei Dörfern wird bei der sogenannten Sanierung schnell mal eine acht Meter breite Schneise – der Flächenverbrauch verdoppelt sich und alte Alleegebäume haben oftmals keine Chance. Statt Ortsumgehungen nur dort zu bauen, wo sie zwingend notwendig sind, wurden all zu oft unter erheblichen Eingriffen Rennstrecken in gewachsene Landschaft trassiert. Der Natur- und Umweltschutz wird dabei häufig ausgerechnet dann bemüht, wenn Begründungen gesucht werden, warum kein Rad- und Fußweg gebaut wird. Die Umwelt wird also doppelt geschunden. Wir GRÜNE kritisieren diese Entwicklung seit Jahren. Denn: wer Straßen sät, wird Verkehr ernten. So kann die Verkehrswende nicht gelingen.

Gesetzesentwurf:

→ <http://bit.ly/flächenverbrauch>

Kampagne „GRÜN statt Beton“:

→ <http://bit.ly/grün-statt-beton>

Industriepark Oberelbe – Chance oder Zerstörung wertvoller Natur?

Der Redebedarf ist groß in Dohna. Etwa 150 Menschen kamen zur Einwohnerversammlung Ende Oktober, um mehr über die Planungen zum „Industriepark Oberelbe“ zu erfahren. Auf 140 Hektar am Autobahnzubringer von Pirna, Heidenau und Dohna soll ein Gewerbegebiet auf wertvollen Ackerflächen entstehen. Auf dem Gebiet des geplanten Industrieparks ließe sich die Allianz-Arena des FC Bayern München, das zweitgrößte Stadion in ganz Deutschland, etwa 21 Mal bauen.

Die Kritik an dem Vorhaben ist vor Ort vielseitig. Zahlreiche Menschen sehen nicht nur den Verlust einzigartiger Natur und wertvollen Ackerlandes, sondern rechnen mit noch mehr Verkehrslärm auf dem heute schon gut ausgelasteten Autobahnzubringer. Sie befürchten noch weniger Erholungsflächen und eine steigende Hochwassergefahr durch noch mehr versiegelte Böden. Einige Bürgerinnen und Bürger aus der Region um Dohna haben bereits an den Ministerpräsidenten geschrieben, weil bei Starkregen die unterliegenden Häuser an den Flüssen Seidewitz und Gottleuba erheblich gefährdet werden. Schon in der Machbarkeitsstudie wird die Hanglage und das abfließende Oberflächenwasser als problematisch beschrieben. Gerade weil die Region Pirna immer wieder von „Jahrhunderthochwasser“ betroffen war, weckt das Bauprojekt zahlreiche Ängste.

Mit dem wuchtigen Industriepark im Elbtal würden absehbar auch Stadtklima und Luftqualität beeinträchtigt, argumentiert die kritische Bürgerschaft. Die Überbauung der Grünflächen wird tatsächlich wichtige Frischluftzugbahnen komplett abschneiden. Die Folge: Die Lebensqualität in der Region leidet. Manche sagen, dass sie die Verschandelung der Landschaft durch das gesichtslose Industriegebiet stört, denn das geplante Großvorhaben liegt zwischen großräumigen Schutzgebieten. So sehen die Pläne vor, dass der neue Industriepark an das streng geschützte Flora-Fauna-Habitat Barockgarten Großsedlitz angrenzt und so verschiedenen Arten den Weg in ihre Rückzugsgebiete abschneidet.

Doch nicht nur die allgemeine Kritik an dem gigantischen Bauvorhaben treibt die Bürgerinnen und Bürger um. Da es sich bei



Aktivistenradeln gegen die Planungen vom „Industriepark Oberelbe“ vor Ort

den Planungen um ein interkommunales Projekt handelt, sind die Möglichkeiten von Mitbestimmung und bürgerschaftlichen Initiativen begrenzt. Da die Erschließungskosten für den Industriepark weit höher sein werden als bei vergleichbaren Projekten, könnten beteiligte Kommunen in die Zwangsverwaltung rutschen. Schon jetzt wurde in Pirna der Haushalt für Kindergärten und Schulen gekürzt.

Das Vorgehen um den Industriepark Oberelbe ist prototypisch für viele Bauprojekte in Sachsen: Wertvolle Naturräume werden geopfert oder zerschnitten und für eine vermeintliche Wirtschaftsentwicklung dauerhaft aufgegeben, während wenige Kilometer weiter versiegelte Brachflächen vor sich hindämmern. Zwar sollen im Gegenzug für die Ackerflächen im Tausch Ausgleichsflächen angeboten werden. Aber ein Ausgleich 1:1, so sagt die Planungsgesellschaft, ist nicht vorgesehen. So droht das Gesicht Sachsens Stück für Stück verloren zu gehen.

Flächenfraß aktuell:

Täglich werden in Sachsen

4,3 Hektar

Flächen versiegelt.



=

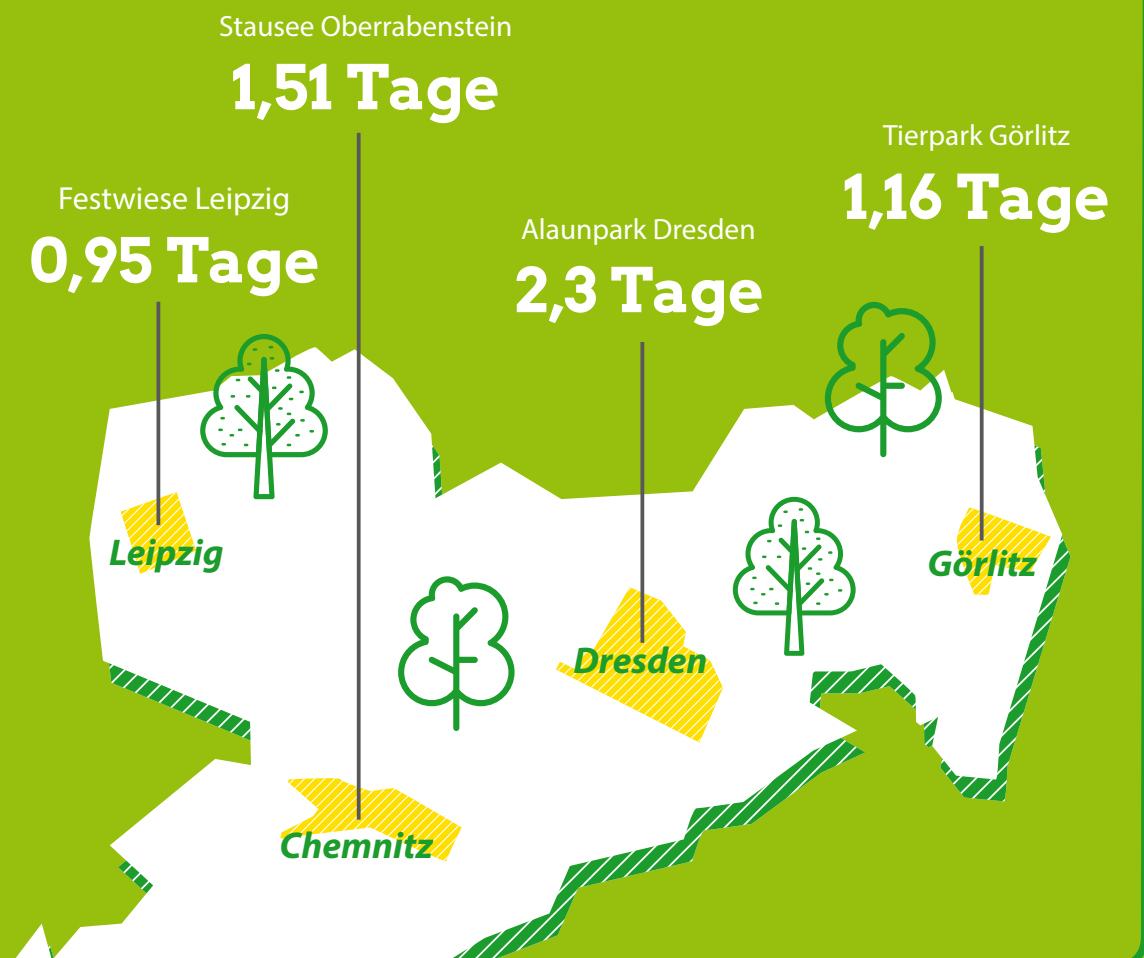


Dies entspricht etwa

6

Bundesliga-Fußballfeldern.

Wie lange dauert es, bis diese
Flächen bei dem aktuellen
täglichen Verbrauch versiegelt
sein würden?



Aktionsprogramm

„Klimaschutz und Extremwetteranpassung“

Höchste Zeit zu handeln!

Der Sommer 2018 war der zweitheißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen des Deutschen Wetterdienstes im Jahr 1881. Erschwerend hinzu kam eine wochenlange Trockenheit, von der insbesondere die Mitte, der Norden und der Osten Deutschlands betroffen waren.

Kurzfristig und direkt zu leiden hatten alle – insbesondere aber Kinder und ältere Menschen. Langfristig ist dieser Sommer besonders für die Natur und die Landwirtschaft verheerend. Und der Trend lässt bereits erahnen: Es werden nicht die letzte Hitze und die letzte Dürre dieser Art gewesen sein.

Viele gute Ansätze zum Handeln liegen bereits vor. Die GRÜNE-Landtagsfraktion hat ihre Ideen in einem Aktionsprogramm ‚Klimaschutz und Extremwetteranpassung‘ für Sachsen zusammengefasst. In elf Punkten wird beschrieben, was aus ihrer Sicht zu tun ist. Die Maßnahmen bringt die Fraktion mit Änderungsanträgen in die Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 ein. Das Gesamtvolumen umfasst etwa 250 Millionen Euro.



Die GRÜNEN-Abgeordneten Volkmar Zschocke, Dr. Gerd Lippold und Wolfram Günther (v.l.n.r.) in der Elbe bei Niedrigwasser

Bus, Bahn und Rad stärken, Kommunen begrünen, sächsisches Klimaschutzgesetz

Zentrale Forderung im Aktionsplan ist ein Klimaschutzgesetz. Es soll u.a. bewirken, dass die Treibhausgasemissionen in den nächsten Jahren deutlich gesenkt sowie Klimaschutz und Klimaanpassung im Landesplanungsgesetz verankert werden. Die öffentliche Verwaltung soll als Vorbild bis zum Jahr 2030 klimaneutral organisiert werden. Die GRÜNE-Fraktion fordert zudem das Festschreiben eines entschlossenen Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie des Braunkohle-Ausstiegs in der Landes- und Regionalplanung. Die Einrichtung

„Sachsens CDU-geführte Regierungen verweigern sich seit zwei Jahrzehnten beharrlich den nationalen und internationalen Klimaschutzbestrebungen. Doch die galoppierenden Klimaveränderungen kennen keine Landesgrenzen.“

Dr. Gerd Lippold, klimapolitischer Sprecher

eines Landesprogramms für energetische Sanierung soll die Energiewende zusätzlich vorantreiben.

Auf Bundesebene soll die Maut ausgeweitet und in Sachsen der Schienengüterverkehr sowie Bus, Bahn und Radverkehr gestärkt werden. Der Waldumbau zu standortgerechten artenreichen Mischwäldern ist konsequent voranzutreiben. Landwirtinnen und Landwirte sollen eine bessere Beratung für eine Anpassung ihrer Anbaustrategien erhalten. Es braucht in Sachsen zudem mehr ökologischen Hochwasserschutz.

Ein Landesförderprogramm ‚Grüne Kommunen‘ soll helfen, die Abkühlung von Städten, bessere Luft und mehr Gesundheitsschutz vorzubringen. Das Programm beinhaltet etwa mehr Bäume in Stadt und Land, Begrünung von Betonflächen sowie auch ein Förderprogramm für Trinkbrunnen.

Das Aktionsprogramm fordert weiterhin eine bessere Vorbereitung auf Extremwetterlagen. Insbesondere für ältere Menschen und kleine Kinder braucht es Notfallpläne.

Die Wirtschaftsförderung und die öffentliche Beschaffung im Freistaat sollen an Klimakriterien und volkswirtschaftlichen Gesamtkosten ausgerichtet werden.

Aktionsprogramm „Klimaschutz und Extremwetteranpassung“ (PDF):

→ <http://bit.ly/aktionsprogramm-klimaschutz>

Haushaltsanträge für das andere Sachsen



© Eric Heffenträger

Im August hat die Staatsregierung ihren Entwurf zum neuen Haushalt für den Freistaat dem Landtag vorgelegt. In Sachsen wird dieser immer für die zwei folgenden Jahre aufgestellt. „Doppelhaushalte sind schwierig“, erklärt Franziska Schubert, haushaltspolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion. „Die Laufzeit ist einfach zu lang, um auf gesellschaftliche Entwicklungen oder auf neue bundesgesetzliche Regelungen angemessen zu reagieren.“

Im Jahr 2019 läuft der Länderfinanzausgleich aus und es wird auf ein neues System von Bundestransferzahlungen umgestellt. Für Sachsen bedeutet das, dass die finanziellen Möglichkeiten des Freistaates zukünftig viel stärker von der bundesdeutschen Wirtschaftsentwicklung abhängig sein werden.

2019 werden die Menschen in Sachsen außerdem einen neuen Landtag wählen. Der Doppelhaushalt 2019/20 wird in die neue Legislatur hineinreichen und vorgeben, wofür Gelder zu verwenden sind und wofür nicht. Eine neue Landtagsmehrheit müsste dies wieder ändern. Das ist ein langwieriger Prozess. Umso wichtiger ist es der GRÜNEN-Fraktion, Vorschläge in das Verfahren einzubringen, die gegenfinanziert sind und für ‚das andere Sachsen‘ stehen.

„Gemeinsam haben wir fast 200 Änderungsanträge erarbeitet. Wir wollen die Menschen unterstützen, die sich für ein lebenswertes, weltoffenes und engagiertes Sachsen einsetzen. Als GRÜNE-Fraktion zeigen wir mit unseren Vorschlägen, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen durchaus finanziell unteretzt werden können und, dass ‚das andere Sachsen‘ – jenseits der CDU-Realität – möglich ist.“

„GRÜNE Großprojekte sind zum Beispiel die Jugendoffensive ‚Stark für Demokratie‘ oder der Klimaaktionsplan“, erklärt Schubert. „Außerdem verlangen wir endlich mehr Transparenz für das Handeln der Staatsregierung, denn die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, zu verstehen, für welche Projekte ihre Steuergelder eingesetzt werden.“

GRÜNE Änderungsanträge:

→ <http://bit.ly/grün-doppelhaushalt1920>

Längeres gemeinsames Lernen



© istockphoto / skynesher

Am 29. September fiel der Startschuss: Das Bündnis „Gemeinschaftsschule in Sachsen – Länger gemeinsam lernen“ sammelt Unterschriften für einen Volksantrag. Das Ziel: längeres gemeinsames Lernen überall dort ermöglichen, wo es vor Ort gewollt ist und es einen Konsens zwischen Schulträger, Schulleitung und Schulkonferenz gibt. Für dieses ‚optionale Modell‘ hatte sich die GRÜNE-Landtagsfraktion bereits im Rahmen der Schulgesetznovelle stark gemacht, jedoch scheiterte dies am Widerstand der CDU. Was im Parlament bisher nicht gelang, soll nun auf dem Wege der Volksgesetzgebung gelingen. Schafft es das Bündnis, 40.000 Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen, muss sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf befassen (bis Weihnachten soll dieses Ziel möglichst erreicht sein).

Die GRÜNE-Fraktion begrüßt den Volksantrag. Das längere gemeinsame Lernen würde einen entscheidenden Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit und sozialer Integration leisten. Der Druck, sich am Ende der 4. Klasse für die Oberschule oder das Gymnasium entscheiden zu müssen, wäre vorbei. Das längere gemeinsame Lernen würde zudem helfen, Schulstandorte im ländlichen Raum zu sichern.

Zehn GRÜNE Regionalbüros stehen auf der Liste der Unterschriftenbüros, in denen der Volksantrag unterschrieben werden kann. Regelmäßig gibt es Stände der am Bündnis beteiligten Verbände, Gewerkschaften und Parteien. Der Volksantrag kann nicht online unterschrieben werden, da alle Eintragungen von den Einwohnermeldeämtern geprüft werden müssen. Erst dann sind die Unterschriften gültig.



GRÜNE-Fraktion Themenseite:

→ <http://bit.ly/grün-gemeinschaftsschule>

Volksantrag Gemeinschaftsschule:

→ <http://bit.ly/volksantrag-gemeinschaftsschule>

Hochschulgesetz entstauben



Claudia Maicher, hochschulpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion, im Interview.

Warum muss das Hochschulgesetz schon wieder geändert werden?

Weil den Hochschulen nach wie vor echte Autonomie fehlt. Außerdem hat das Bundesverfassungsgericht weitaus mehr Mitbestimmung für die Gremien vorgeschrieben, als wir in Sachsen haben.

Wie wird das im GRÜNEN Gesetzentwurf angegangen?

Zum einen entscheiden die gewählten Gremien über alle grundsätzlichen Fragen und zum anderen bekommen alle Mitgliedergruppen, die dort vertreten sind, gleich viele Stimmen. Und Zielvereinbarungen, die den Hochschulen aufgezwungen werden können, wird es auch nicht mehr geben.

Wer würde denn von dem Gesetz profitieren?

Alle, die an den Hochschulen lehren, lernen und forschen. Wir wollen die

Teilzeitstudierbarkeit einführen und Studiengebühren abschaffen. Der Krankenschein würde künftig für eine Prüfungsfreistellung reichen. Beim wissenschaftlichen Personal soll es zum ersten Mal feste Mindestvertragslaufzeiten und ordentliche Personalentwicklung geben. Sie wären auch nicht mehr einzelnen Professoren unterstellt und somit unabhängiger. Das ist nicht unumstritten aber wichtig.

Das gilt wohl auch für das Promotionsrecht für Fachhochschulen...

Genau. Die Fachhochschulen haben sich starke Profile im Bereich der angewandten Forschung erarbeitet, an denen auch heute schon promoviert wird. Nur muss bisher immer eine Universität mit im Boot sein. Es ist Zeit, dass wir den nächsten Schritt machen und besonders starken Bereichen ein eigenes Recht zur Promotion zu verleihen.

Chancengleichheit ist an Hochschulen ein Problem. Gibt es da GRÜNE Ideen?

Natürlich! Für die Gleichstellungsbeauftragten haben wir den verbindlichen Anspruch auf Freistellung und Ressourcen im Gesetz. In den Berufungskommissionen und im Senat erhalten sie eine Stimme. Und wenn sie gegen einen Beschluss ein Veto einlegen, kann dieser Beschluss nicht auf derselben Sitzung gefasst werden. Das sind mächtige Instrumente!

Alle Infos zum Gesetzentwurf:
Videostatement Dr. Claudia Maicher:
→ <http://bit.ly/interview-hochschulgesetz>

Themenseite:
→ <http://bit.ly/grünes-hochschulgesetz>

Polizeistaat statt Freistaat? – Das neue sächsische Polizeigesetz



Sachsens Staatsregierung plant eine massive Verschärfung des sächsischen Polizeirechts. Sie hat dem Landtag am 18. September 2018 einen Entwurf für zwei neue Gesetze zugeleitet – das Polizeivollzugsdienstgesetz (PVDG) und das Polizeibehördengesetz (PBG).

Das neue Polizeirecht ist der Inbegriff von Misstrauen gegenüber den sächsischen Bürgerinnen und Bürgern. Es enthält zahlreiche neue polizeiliche Befugnisse zu ihrer Überwachung. Diese Befugnisse reichen weit in das Vorfeld konkreter Gefahren hinein. Sie gehen bis an die Grenze des verfassungsrechtlich Erlaubten und darüber hinaus. Sie sind gekennzeichnet von der grundlegenden Entscheidung für ein Mehr an Überwachung für vermeintlich mehr Sicherheit zulasten der Grundrechte jedes und jeder Einzelnen.

Das sieht das neue Polizeirecht künftig u. a. vor:

- ▶ Ausweitung der Videoüberwachung, Einführung intelligenter Videoüberwachung mit Gesichtserkennung, Ausbau des Scannens von Kfz-Kennzeichen
- ▶ Einführung der präventiven Telekommunikationsüberwachung
- ▶ Ausweitung des Zugriffs auf Daten der Nutzerinnen und Nutzer von Diensteanbietern für Telemedien und Telekommunikation
- ▶ Einführung der Fußfessel für sog. Gefährderinnen und Gefährder (das können auch Nicht-Islamisten sein)

- ▶ Einführung technischer Mittel zur Lokalisierung von Handys und Unterbrechung der Kommunikation
- ▶ Ausschreibung zur gezielten Kontrolle, Anordnung von Aufenthaltsverboten und -geboten
- ▶ Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren durch Spezialkräfte der Polizei
- ▶ Ausweitung der Datenerhebung, -speicherung und -nutzung

Die GRÜNE-Landtagsfraktion tritt der massiven Verschärfung des Polizeirechts entschieden entgegen. Das Eindringen in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger durch Überwachung der Telekommunikation, den flächendeckenden Einsatz von Videoüberwachung, die anlasslose Rasterung, die zunehmende Militarisierung der Polizei, die massive Vorverurteilung von Minderheiten und den Aufbau riesiger polizeilicher Datenbanken lehnen wir ab.

Weitere Infos zum Polizeigesetz:
→ <http://bit.ly/PolG-grün>

Gegen das neue Polizeirecht hat sich das sachsenweite Bündnis „**Polizeigesetz stoppen**“ gegründet. **Aktuelle Infos gibt es unter: <https://polizeigesetz-stoppen.de/>**



Wir wünschen allen SAXGRÜN-Leserinnen und Lesern,

ihren Familien sowie ihren Freundinnen und Freunden eine besinnliche und erholsame Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Auch in das Jahr 2019 geht unsere Fraktion mit viel Elan, zahlreichen Ideen und konstruktiv in der Sache – für ein modernes, weltoffenes Sachsen und mehr GRÜN.

Mit herzlichen Grüßen,
die GRÜNE-Landtagsfraktion

GrueneFraktionSachsen @SaxGruen gruenefraktionsachsen

Publikationen



Sticker
FREIstattPOLIZEIstaat



Sticker
über Nacht statt überwacht



Flyer
Informationen zum
neuen Polizeigesetz



weitere Publikationen
aus verschiedenen
Fachbereichen

Die SAXGRÜN und weitere Publikationen direkt bei uns per E-Mail bestellen: gruene-presse@slt.sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Telefon: 0351-493 48 14 | Telefax: 0351-493 48 09 | E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de

Redaktion: Eric Heffenträger (V.i.S.d.P.), Elenor Breusing, Andreas Jahnel-Bastet | Gestaltung: die superpixel |

Titelfoto: istockphoto/i-Stockr | Fotos Abgeordnete: Wolfram Günther: Dirk Hanus, Katja Meier: Marlén Mieth |

→ www.gruene-fraktion-sachsen.de